

## Stadtteilgymnasien

hlz 7-8/2014, S. 11

Ich stimme dem Einspruch von Bernwart Klamt zu. Die GEW tritt für ein integratives Schulsystem ein. Dem widerspricht eine Positionierung gegen die G9-Initiative, die mit einem vermeintlichen Schutz der Stadtteilschulen im Rahmen des 2-Säulen-Systems argumentiert. Gleichwohl ist das von der Initiative beabsichtigte Wahlangebot zwischen G8 und G9 abzulehnen, weil es an Schulen kaum umsetzbar ist. Zum Nachdenken: Die GEW kann die Stadtteilschulen weiter unterstützen, wenn sie dafür eintritt, dass Stadtteilschulen in Stadtteilgymnasien umbenannt werden. An Stadtteilschulen kann das Abitur erworben werden. Warum sollte das nicht auch im Namen deutlich werden?

ANDREAS WOLF

## trennschärfer

hlz 7-8/2014, S. 36ff

Das Interview habe ich mit großem Interesse gelesen – mir hat allerdings (zur Antwort auf S.39) die Nachfrage gefehlt, warum – nachdem „Inhalte“ und „Kompetenzen“ (mittlere Spalte, o.) schematisch gegeneinander gestellt und Inhalte ‚freigegeben‘ worden sind – dann in der Studienstufe zum Zentralabitur plötzlich Texte verbindlich vorgeschrieben werden. Es wäre auch, was m.E. in dem Interview nicht geklärt wird, der Unterschied – wenn er denn nicht nur in der modernisierten Formulierung liegen soll – zwischen „Kompetenzen“ und den alten „Lernzielen“ trennschärfer herauszuarbeiten gewesen.

Dass viele der, auch darin kein bedeutsamer Unterschied zu den herkömmlichen Lehrplänen, allgemein skizzierten „Vorgaben“ der Bildungspläne eher wolkig gehalten sind, was dann zu höchst unterschiedlichen Deutungen in Fachkonferenzen und Koordinationen führt, wird nicht als relevantes Problem der Unterrichtspraxis benannt und in seinen unerfreulichen, Schüler\_innen belastenden Faktoren erkannt: am Ende der 10. Klassen können weiterhin, unter dem Vorzeichen abgearbeiteter Kompetenzen, extrem unterschiedliche Fähigkeiten und Wissensbestände verbucht werden, etwa im Fach Deutsch. In diesem Fach kann es dann auch zu erheblichen Kollisionen zwischen typischen Unterrichtsstoffen der Klassen 10 (Gym) bzw. 11 (Stadtteilschule) und „plötzlich“ für die Studienstufe verpflichtenden Texten kommen, wie etwa im Abitur 2013 und 2014 mit Goethes „Werther“.

Mit kollegialem Gruß  
KLAUS WEBER

## TTIP

hlz 3-4/2014, S. 36ff

Wieso glauben eigentlich Gewerkschafter immer, dass sie berechtigt sind, sich in alles einzumischen und dabei sogar Unwahrheiten und sogar Lügen verbreiten dürfen? Nach meinem Kenntnisstand steht auch in den meisten Satzungen von Gewerkschaften, sie seien „überpolitisch“ organisiert. Inzwischen kann man wirklich die Meinung vertreten, dass die Gewerkschaften in Deutschland sich anmaßen, über der Politik zu stehen.

Will ich eine Antwort auf diese Email? Nein, denn Sie sollten sich eher um die Erziehung meiner Tochter bemühen – Stichwort G8.

Fazit: Schuster, bleib bei deinem Leisten.

Gruß  
HORST CHRIST

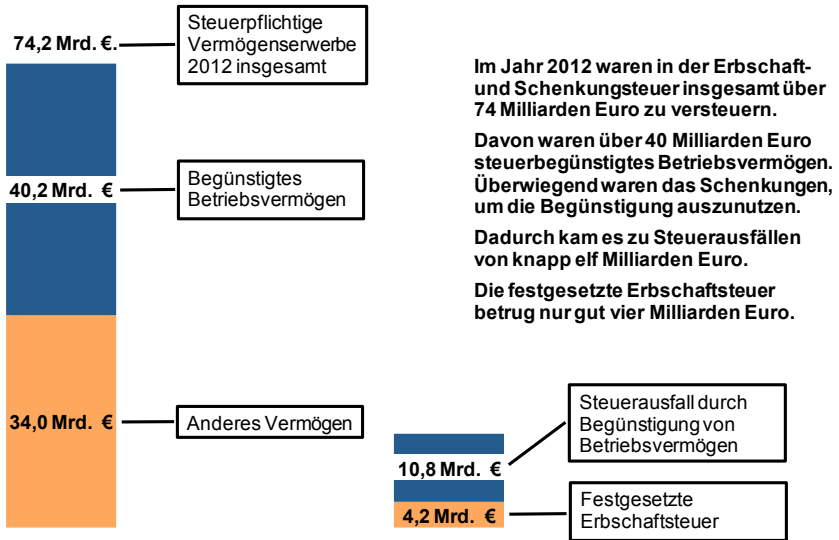
### **Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

am 18.11.14 tagt das nächste Mal der Hamburger Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW HH (17-21 Uhr im Curiohaus). Vertrauensleute und gewählte Delegierte sind stimmberechtigt, der Gewerkschaftstag ist für alle Mitglieder öffentlich – herzliche Einladung!

Anträge stellen dürfen alle GEW Mitglieder.  
Die Einreichungsfristen sind:  
- Satzungsändernde Anträge: 7.10.14  
- Andere Anträge: 21.10.14

Also: Bestimmt die Politik der GEW mit, wählt Vertrauensleute und Delegierte, kommt zum Gewerkschaftstag...

Es grüßt euch euer Geschäftsführer  
DIRK MESCHER



Im Jahr 2012 waren in der Erbschaft- und Schenkungsteuer insgesamt über 74 Milliarden Euro zu versteuern.

Davon waren über 40 Milliarden Euro steuerbegünstigtes Betriebsvermögen. Überwiegend waren das Schenkungen, um die Begünstigung auszunutzen.

Dadurch kam es zu Steuerausfällen von knapp elf Milliarden Euro.

Die festgesetzte Erbschaftsteuer betrug nur gut vier Milliarden Euro.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, Sonderauswertung der Erbschaftsteuerstatistik

„Geld ist genug da, das haben nur die anderen.“ Uli Thöne, GEW-Bundesvorsitzender von 2005 bis 2013

## blind

Die Zahl der Referendar\_innen von derzeit 1085 soll von 2015 an auf 855 abgesenkt werden. Dies steht im Widerspruch zu dem zu erwartenden massiven Lehrer\_innenmangel. Nach Prognosen der OECD können nur 60 von 100 der in den Ruhestand tretenden Pädagog\_innen durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Diese Prognosen werden von Klaus Klemm bestätigt, der im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung Berechnungen vorgenommen hat: Demnach fehlen bis 2020 allein in den fünf norddeutschen Bundesländern jährlich bis zu 3.200 benötigte Nachwuchslehrkräfte.

## frisch

In Hamburg lebten laut Statistischem Landesamt Ende 2013 rund 550.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Fast die Hälfte der unter 18-jährigen Hamburger\_innen ist der Grup-

pe zuzurechnen, bei den über 65-Jährigen ist es nur gut jede\_r sechste.

## spannend

Trotz massivem Einsatz des SPD-Senats für G8 - Hamburg hat genug vom Turbo-Abi: 84 Prozent der Hamburger wollen eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren („G9-Jetzt-HH“) - das zeigt eine Umfrage von „infratest dimap“ für den NDR, für die 1012 Norddeutsche befragt wurden, berichtet die Bild-Zeitung am 22.9.

## fragwürdig

Die Zahl der gemeldeten Straftaten an Hamburgs Schulen ist im vergangenen Schuljahr massiv gestiegen. Laut einer Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion wurden im vergangenen Schuljahr 1908 Gewalttaten gemeldet - 805 mehr als im Schuljahr zuvor. Dazu der

Kriminologe Christian Pfeifer: „Ich vermute, dass es in Hamburg im letzten Jahr vereinfachte Wege gab, Straftaten zu melden oder die Behörde die Schulen zusätzlich dazu motiviert hat. Es gibt keine plausible Erklärung dafür, dass ausgerechnet in Hamburg die Schüler plötzlich rabiat wurden.“

## enttäuschend

Laut Schulabgängerbefragungen haben 2012 nur 25,2 % und 2013 nur 38,7 % der Schulabgänger\_innen einen betrieblichen, außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz gefunden. Bei der „guten“ Zahl von 38,7 % handelt es sich um einen Sondereffekt, weil es ab dem Jahr keine Schulabgänger\_innen mehr aus Klasse 9 gab. Die Befragung 2014, deren Zahlen eigentlich vorliegen müssten, werden aller Wahrscheinlichkeit nach wieder Zahlen wie 2012 erbringen.